

IPPNW-Geschäftsstelle
Körtestraße 10, 10967 Berlin
Tel. 030 / 698 074 - 0
Fax 030/ 693 81 66
Email: kontakt@ippnw.de
http://www.ippnw.de
Zusammenstellung: Xanthe Hall, Ute Watermann
Redaktion: Munir Lada'a, Silvia Leiting, Angelika Wilmen
Fotos: Titel - Ute Vogel/Andreas Bläse, Innen - UPI
Karte: cc-by-sa/2.0/de



Kein Krieg gegen den Iran!

Kein Krieg gegen den Iran! Für eine friedliche Lösung der Krise

Erklärung

Angesichts der sich gefährlich zuspitzenden internationalen Krise um das Atomprogramm des Iran und vielfältiger Hinweise auf geplante Militärationen der USA und/oder Israels gegen dieses Land unterstütze ich die sechs Forderungen, die von der deutschen und internationalen Friedensbewegung an die verantwortlichen Regierungen für eine friedliche Lösung der Problematik gestellt werden:

1. Verzicht auf die militärische Option durch alle Seiten;
2. Ein klares Bekenntnis gegen den atomaren Erstschlag;
3. Die Umsetzung der Forderung nach einer kernwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten, wie sie im Atomwaffensperrvertrag und in den jährlichen Resolutionen der UNO-Vollversammlung erhoben wird;
4. Ein klares Bekenntnis aller Parteien zur globalen Vernichtung von allen Atomwaffen wie sie in der Abschlusserklärung der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Jahr 2000 festgeschrieben wurde;
5. Eine diplomatische Lösung für den Konflikt zwischen den USA, Israel und dem Iran. Ein Kompromiss muss die Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen aller Parteien, insbesondere von Israel und Iran, beinhalten. Hetzreden müssen ebenso unterlassen werden wie die fortgesetzte Sondierung militärischer Optionen;
6. Unsere eigene Regierung fordern wir auf, jeglichen Waffenexport nach Nahost zu unterlassen, was insbesondere die Lieferung von atomwaffenfähigen U-Booten an Israel betrifft.

Name.....
Adresse.....
.....
Unterschrift.....

**Zurückschicken an: IPPNW,
Körtestr. 10, 10967 Berlin
Fax: 030-693 8166**

**Diese Erklärung können Sie
auch online unterzeichnen
unter www.ippnw.de**

Was kann ich tun?

Es gilt jetzt, diesen Konflikt und seine Ursachen zu verstehen, darüber aufzuklären und für eine Mediationspause zu plädieren.

Die IPPNW und andere Organisationen in Deutschland arbeiten zusammen, um Druck auf die Politik in Deutschland auszuüben. Ihre Mitarbeit ist dafür unbedingt notwendig! Bitte schreiben Sie an Ihre/n Abgeordnete/n und bitten Sie sie/ihn, die Erklärung auf dieser Seite zu unterschreiben. Nicht vergessen: Unterschreiben Sie diese Erklärung bitte auch selbst.

Auf internationaler Ebene fordern wir UN-Generalsekretär Kofi Annan auf, sich für eine Mediationspause einzusetzen und eine UN-Kommission dafür einzuberufen. Für diesen Appell suchen wir weitere Unterschriften namhafter Persönlichkeiten und von Organisationen.

Sie können weitere Exemplare dieses Faltschlags bestellen, um sie vor Ort zu verteilen. Weitere Hintergrundinformationen erhalten Sie in der Geschäftsstelle:

- IPPNW-Akzente: "Das Nuklearprogramm des Iran - zivil oder militärisch?" Martin Kalinowski, IANUS
- W+F-Dossier: "Atomenergie: Zugriff zur Bombe", 1/2006
- IPPNW-Reader: Texte und Analysen zur Irankrise

Täglich aktuelle Informationen finden Sie unter: www.ippnw.de

Die atomare Bewaffnung Irans wäre eine in jeglicher Hinsicht fatale Entwicklung. Eine solche Entwicklung wird weder akzeptabler durch die berechnete und dringend notwendige Kritik am Atomwaffenarsenal Israels, das von Iran und anderen Staaten der Region verständlicherweise als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird. Noch durch kritische Verweise auf die uneingelösten Abrüstungsverpflichtungen der fünf anerkannten Atomwaffenmächte oder die mit deren Duldung und Förderung erfolgte atomare Bewaffnung von Irans Nachbar Pakistan und von Indien.

Ob Iran tatsächlich Atomwaffen anstrebt, ist bislang nicht eindeutig geklärt. Klar ist nur, dass die westliche Politik der letzten vier Jahre die Fraktion derer in Teheran, die diese Option verfolgen, erheblich gestärkt hat. Wesentlich verantwortlich ist die Bush-Administration mit ihren verbalen Drohungen gegen Iran, ihrer neuen präventiven Militärstrategie und mit dem Krieg gegen Irak. Aber auch die zunächst handlungsbevorzugte EU hat mit ihrer von vornherein völlig unrealistischen und daher zum Scheitern verurteilten Forderung nach endgültigem Verzicht Irans auf die Urananreicherung die Hardliner in Teheran gestärkt und zum Wahlsieg von Präsident Mahmud Ahmadineschad beigetragen. Dieser konnte mit seinen völlig unakzeptablen Drohgebärden gegen Israel und seinen dümmlichen Äußerungen zum Holocaust den Konflikt inzwischen weiter anheizen - auch weil westliche Politiker die in erster Linie innenpolitisch motivierten Äußerungen des iranischen Präsidenten törichterweise als Beleg für iranische Atomwaffenambitionen werteten.



Die völkerrechtswidrigen Drohungen des französischen Präsidenten Jacques Chirac mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Iran und die uneingeschränkte Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für diese Drohungen haben in Teheran die Wahrnehmung verstärkt, dass sich Europa vollends auf die konfrontative Linie der USA begeben hat.

Die Erfolgsaussichten der Forderung nach endgültigem Verzicht Irans auf die Urananreicherung sind durch den neugefundenen Konsens des Westens mit Russland und China über die Einschaltung des UNO-Sicherheitsrates nicht größer, sondern kleiner geworden. Der entsprechende Beschluss der IAEA hat den Konflikt weiter verschärft. Die im Gegenzug von Teheran eingeschränkte Zusammenarbeit mit der IAEA macht eine internationale Kontrolle des iranischen Atomprogramms noch schwieriger als bislang schon.

Und nach der vollumfänglichen Wiederaufnahme des iranischen Programms zur Urananreicherung hat Moskaus Kompromissvorschlag zur Auslagerung dieses Programms auf russisches Territorium kaum eine Chance mehr. Damit wächst die Gefahr, dass der bisherige Krieg der Worte eines Tages nicht nur zu politischen und wirtschaftlichen Druckmaßnahmen und Sanktionen eskaliert, sondern zu einer militärischen Auseinandersetzung.

Kommentar von Andreas Zumach, freier Journalist, Genf.

Andreas Zumach wird beim Kongress "Zeitbombe Atomenergie. 20 Jahre nach Tschernobyl" vom 7. bis 9. April 2006 in Bonn zum Thema Iran referieren

Artikel II: Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonst wie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Das Problem

Alle Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben, haben das Recht, sämtliche Technologien zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu besitzen, dazu gehört auch die Urananreicherung oder die Wiederaufbereitung. Der IAEO und vielen westlichen Staaten fehlt aber das Vertrauen, dass bestimmte Staaten diese Techniken nicht zum Bau der Atombombe nutzen. Sie drängen etwa Iran und Nordkorea, auf ihre Rechte zu verzichten bzw. schlagen "internationale Urananreicherungsanlagen" vor, die unter Kontrolle der IAEO stehen und regional verschiedene Länder mit Brennstäben für deren Atomkraftwerke beliefern könnten.

Der Iran wehrt sich dagegen, weil er seine atomare Energieversorgung nicht mehr unabhängig betreiben kann, sondern von der Zulieferung von Brennstäben abhängig wird. Andere Länder monieren die Ungleichbehandlung der verschiedenen Staaten. In der Tat kann niemand garantieren, ob ein Land, dass den sogenannten vollständigen Brennstoffkreislauf besitzt, diesen nicht irgendwann zum Bau der Bombe nutzen wird. Aus diesem Grund lehnt die IPPNW prinzipiell die Atomenergie und die Weiterverbreitung der Technologien zur friedlichen Nutzung ab und setzt stattdessen auf alternative Lösungen zur Energieversorgung.

Das iranische Atomprogramm

Bisher hat die IAEO keine Beweise dafür gefunden, dass der Iran versucht, Atomwaffen zu bauen. Eine Verletzung des Artikels II des Atomwaffensperrvertrags konnte daher nicht festgestellt werden. Es gibt aber Indizien dafür, dass der Iran militärische Absichten verfolgt, nur sind solche Intentionen oft nicht belegbar.

Der Iran hat die Zentrifugen für seine Anreicherungsanlage über das dubiose Nuklearenetzwerk des Pakistaners A. Q. Khan - den sog. "Vater der islamischen Bombe" - erworben. Khan verkaufte auch

Technologien, Materialien und Informationen an Libyen und Nordkorea. Den Kauf der Zentrifugen sowie andere Maßnahmen hat der Iran nicht gegenüber der IAEO deklariert. (siehe Karte)

Der Iran hat mit der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) ein Sicherheitsabkommen unterzeichnet, das dieser erlaubt, Inspektionen vor Ort durchzuführen. Dadurch soll festgestellt werden, ob das Land seinen Verzicht auf Atomwaffen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags einhält. Im September 2005 entschied der IAEO-Gouverneursrat, dass der Iran das Sicherheitsabkommen durch die Verheimlichungen von wichtigen Anlagen und Aktivitäten nicht eingehalten hat. Offene Fragen betreffen u.a. die Lieferung der Zentrifugen aus Pakistan und Dokumente über den Bau von Atomwaffenkomponenten. Der Iran soll jetzt die Widersprüche aufklären, sonst wird der Sicherheitsrat aktiv.

Der Iran behauptet, er benötige die Atomkraft, um seine Energieversorgung abzudecken. Seine reichlichen Ölreserven sollen dagegen zur Devisenbeschaffung dienen. Derzeit besitzt der Iran zwar kein Atomenergieprogramm, das eine so große Anreicherungsanlage wie in Natanz rechtfertigen würde. Er gibt jedoch an, dies sei in Zukunft erforderlich. Der erste Reaktor bei Buschehr wird demnächst fertiggestellt.

Die Position des Iran

Nach Artikel IV des Atomwaffensperrvertrags hat der Iran das Recht auf die Nutzung von ziviler Nukleartechnik und Hilfeleistung von anderen Unterzeichnerstaaten. Er behauptet, dass ihm dieses Recht seit den frühen 1980er Jahren vorenthalten wurde. Er erfüllte die mit frt EU3 vereinbarten Verpflichtungen, indem er die Anreicherungs-

aktivitäten bis Anfang 2006 freiwillig einstellte. Aber die EU-3 haben kein seriöses Angebot unterbreitet, weil sie keine regionalen Sicherheitsgarantien anboten. Der Iran fühlt sich durch die israelischen Atomwaffen und die neuen US-Stützpunkte rund um den Iran, z.B. im Irak, bedroht.

Das EU-Angebot

Die EU-3 haben dem Iran - im Gegenzug zum Verzicht auf die Urananreicherung - die Bereitstellung von Brennstäben für die Atomenergie zugesichert, ebenso die Rücknahme von Atommüll und die Lieferung von Leichtwasserreaktoren. Es wurde eine Aufnahme in die Welthandelsorganisation in Aussicht gestellt, sowie weitere wirtschaftliche Versprechen gemacht.

Es gab allerdings keine Sicherheitsgarantie vor einem israelischen oder US-amerikanischen nuklearen oder konventionellen Angriff. Es gab keine Garantie, dass die USA die Brennstoffversorgung des Iran mittragen würden. Und es gab kein Angebot, mittels regenerativer Energietechnologien Irans zukünftigen Energiebedarf zu decken.

Artikel IV des NVV:

- (1) Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.
- (2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen...

Die Rolle der USA und Israels

Während die EU-3 verhandelten, drohte die israelische Regierung, dass sie keinen atomar bewaffneten Iran dulden werde. Israel erhielt zeitgleich Waffenlieferungen aus den USA. Deutschland sagte 2005 die Lieferung von zwei U-Booten der "Dolphin"-Klasse an Israel zu, die als Träger für Atomwaffen umgerüstet werden können.

Die US-Regierung hält einen Militärschlag für eine Option. Die USA werfen dem Iran u.a. vor, die Hisbollah, Hamas und den Islamischen Jihad zu unterstützen. Diese Organisationen werden von den USA, der EU und Israel als Terrororganisationen eingestuft. 1987 verhängten die USA wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran, die 1995 und 1997 erneuert und weiter ausgebaut wurden.

In der US-Bevölkerung ist die Meinung über einen Militärschlag gespalten. Die pro-israelische Lobby befürwortet einen harten Kurs bis hin zum Krieg gegen den Iran. Gleichzeitig leidet die US-Bevölkerung unter den eigenen Verlusten im Irak und wäre wohl für einen weiteren Krieg nicht leicht zu gewinnen.

Auch die israelische Bevölkerung ist kriegsmüde und mehrheitlich gegen eine militärische Lösung. Wahrscheinlich will Israel Druck auf die Weltgemeinschaft ausüben, um internationale Sanktionen gegen den Iran herbeizuführen. Solche Ultimaten sind gefährlich, weil sich Israel damit selbst unter Druck setzt, die Logik des Krieges zu bedienen.

Die "Internationalisierung" der Urananreicherung

Der Leiter der IAEO, Mohamed El-Baradei, hat vorgeschlagen, dass die Urananreicherung in gemeinsamen Anlagen unter internationaler Kontrolle stattfinden solle. Auf den ersten Blick scheint diese Lösung plausibel, aber bei genauerem Hinsehen erweist sie sich als äußerst problematisch.

Der russische Präsident Vladimir Putin schlug dementsprechend ein gemeinsames Unternehmen mit dem Iran und anderen Ländern wie z.B. China vor. Dieses könnte das erste einer Reihe internationaler Zentren zur Urananreicherung sein, die das im Atomwaffensperrvertrag enthaltene Recht gewährleisten, ohne die gefährliche Technologie weiterzuverbreiten. US-Präsident Bush fand diese Idee hervorragend. Er würde gerne mit Russland eine "Globale Atomenergie-Initiative" starten - und atomare Brennstoffe an andere Länder liefern bzw. verkaufen.

Der ehemalige Leiter der IAEO Hans Blix steht dem Vorschlag jedoch kritisch gegenüber. Seine Fragen: Wer entscheidet, wer was bekommt und wer nicht? Wird es ein Veto geben? Außerdem wird der Transport des hochradioaktiven Stoffes nicht problematisiert.

Schlussendlich könnte der Erwerb solcher Technologien "instabilen" Ländern vorenthalten werden und den G8-Staaten ihre Kontrolle über Uran als Brennstoff sichern. Weil die Uranvorräte - ähnlich wie die Ölvorräte - endlich sind und es Anzeichen einer Renaissance der Atomenergie gibt, gilt es, die Sicherheitsprobleme im Vorfeld zu lösen. Bush hat in seiner State of the Union Rede von der "Abhängigkeit" vom Öl aus dem Mittleren Osten gesprochen, die er mit Hilfe der Atomenergie beenden will. Für die USA und andere Industriestaaten wäre es von Vorteil, wenn es eine internationale "Sperr" für die Anreicherung gäbe. Für uns jedoch wäre die wahre Lösung ein weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie.



Iranische Frauen bilden vor der Urananreicherungsanlage außerhalb von Isfahan, eine Menschenkette, um Irans Atomprogramm zu unterstützen. Foto: UPI

"[Der Westen] sollte vielmehr alles versuchen, wieder ein Gesprächsniveau mit den islamischen Kräften, gerade auch in Iran, zu erreichen, die alles andere wollen, als die kulturelle Kluft in Richtung Kriegsgefahr noch weiter zu vertiefen. Es geht nicht darum, wer den anderen mit Beleidigungen tiefer verletzen kann, sondern darum, mit Hilfe vernünftiger Mehrheiten der Unfriedlichkeit entgegenzuwirken, so wie das zum Beispiel Israelis und Palästinenser in ihrem Fall überwiegend dringend wünschen."

Horst-Eberhardt Richter im Spiegel, 8. Februar 2006



Arak: Hier wird ein 40 MW Schwerwasserreaktor vom CANDU-Typ gebaut, der besonders gut für die Produktion von Plutonium geeignet ist. Hier entsteht auch eine Anlage zur Herstellung "heißer Zellen" (Radioisotope).

Buschehr: Der Bau des 1000 MW Leichtwasserreaktors für Stromerzeugung wird erst von Siemens angefangen und dann mit Hilfe Russlands fertig gestellt. Er soll 2006 ans Netz gehen.

Lavisan: Noch bevor Inspektoren 2004 im Technologieforschungszentrum Lavizan-Shian eine vermeintliche Biowaffenforschungseinrichtung besuchen konnten, wurde das Gebäude vollständig abgerissen und sogar Boden abgetragen. Der Iran behauptet, das Gelände würde zu einem Park umstrukturiert.

Natanz: Eine neue Urananreicherungsanlage (mit bis zu 5000 Gaszentrifugen) ist im Bau. Eine Pilotanlage mit 160 Zentrifugen besteht und wird bereits getestet. Diese Anlagen wurden vom Iran verheimlicht und sind erst durch Informationen einer Exilgruppe 2002 ans Licht gekommen. Bei einer IAEO-Inspektion sind dort Partikel von hochangereichertem Uran entdeckt worden. Der Iran behauptet, diese Partikel waren bereits vorhanden, als die Zentrifugen aus Pakistan geliefert wurden. Die Gebäude wurden komplett unterirdisch gebaut und mit Erde bedeckt.

Isfahan Nukleartechnologie-Zentrum: Eine Urankonversionsanlage, die Gelbkuchen in Uranhexafluorid umwandelt, das als Gas in Zentrifugen angereichert wird. Die Umwandlung von 37 Tonnen Yellowcake (Uranpulver) hat bereits begonnen. An dieser Stelle gibt es zudem einen Miniatur-Neutronenquellenreaktor, einen subkritischen Leichtwasserreaktor, einen Schwerwasserreaktor und eine Anlage zur Brennstoffherstellung.

- Chronik der Eskalation**
- Februar 2003:** IAEO entdeckt die Natanz-Urananreicherungsanlage
 - August 2003:** Die IAEO entdeckt Spuren von hochangereichertem Uran in Wischproben. Später wird entdeckt, dass sie aus Pakistan stammen.
 - Oktober 2003:** Gemeinsame Erklärung vom Iran mit den Außenministern der EU-3, nach der der Iran die Urankonversion und Forschungsarbeit einstellte.
 - Dezember 2003:** Der Iran hat das Zusatzprotokoll am 18. Dezember 2003 unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert
 - November 2004:** Abschluss des Pariser Abkommens zwischen dem Iran und den EU-3
 - August 2005:** Entfernen der IAEO-Siegel von der Anlage
 - September 2005:** In einer Resolution stellt der IAEO Gouverneursrat fest, dass der Iran gegen die Bestimmungen des Sicherheitsabkommens verstößt und dieses den UN-Sicherheitsrat berichtet wird.
 - November 2005:** Der Iran nimmt die Produktion von Uranhexafluorid wieder auf (Urankonversion) nach Scheitern der Verhandlungen mit der EU.
 - Februar 2006:** Der IAEO-Gouverneursrat verweist den Fall an den Sicherheitsrat, der wenn nötig erst nach dem nächsten IAEO-Treffen aktiv werden soll.
 - März 2006:** IAEO erklärte Deadline für die Aufklärung aller offenen Fragen über das iranische Atomprogramm, sonst soll der UN-Sicherheitsrat sich aktiv mit der Frage "befassen".